



BEGLAUBIGTE ABSCHRIFT

der Urkunde vom 01.07.2019, URNr. 2012V/2019

Die Übereinstimmung der nachstehenden Abschrift mit der Urschrift wird hiermit
beglaubigt.

München, den 01.07.2019

Dr. Hans-Joachim Vollrath
Notar

UR.Nr.: 2012V/2019

vom 01.07.2019

Fr 7574

Bescheinigung gemäß § 181 I 2 AktG

zur Satzung der Firma

**Wirecard AG
mit dem Sitz in München
AG München HRB 169227**

Ich, Notar, bescheinige, dass die geänderten Bestimmungen der Satzung mit dem Beschluss über die Änderung der Satzung vom 18.06.2019, URNr. 1875 V/2019, des unterzeichnenden Notars und die unveränderten Bestimmungen mit dem vollständigen Wortlaut der Satzung – welcher zuletzt beim Handelsregister eingereicht wurde - übereinstimmen.

München, 01.07.2019



Dr. Hans-Joachim Vollrath, Notar

SATZUNG DER WIRE CARD AG

§1

Firma, Sitz und Geschäftsjahr

- (1) Die Firma der Gesellschaft lautet: Wirecard AG
- (2) Sitz der Gesellschaft ist Aschheim bei München.
- (3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§2

Gegenstand des Unternehmens

- (1) Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung, der Betrieb und die Vermarktung von Informationsdienstleistungen (insbesondere unter Nutzung von elektronischen Medien). Ferner ist Gegenstand des Unternehmens die Entwicklung, Konzipierung und Realisierung von technischen Anwendungen, Dienstleistungen und Projektvorhaben im Bereich Zahlungssysteme sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte, einschließlich des Erwerbs und der Vergabe von Lizzenzen im Finanzdienstleistungsbereich. Die Gesellschaft kann sich auch auf einen Teil der vorstehend genannten Tätigkeiten beschränken.
- (2) Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die mit den in Absatz 1 genannten Tätigkeitsfeldern zusammenhängen oder ihnen unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Sie kann im In- und Ausland Zweigniederlassungen und Betriebsstätten errichten, Unternehmen gründen, erwerben oder sich an ihnen beteiligen, insbesondere an solchen, deren Unternehmensgegenstände sich ganz oder teilweise auf die in Absatz 1 genannten Tätigkeitsfelder erstrecken. Sie kann Unternehmen, an denen sie beteiligt ist, strukturell verändern, unter einheitlicher Leitung zusammenfassen oder sich auf die Verwaltung der Beteiligung beschränken, Beteiligungen veräußern sowie Unternehmens- und Kooperationsverträge jeder Art abschließen. Sie kann ferner ihren Betrieb (auch von ihr gehaltene Beteiligungen) ganz oder teilweise durch verbundene Unternehmen führen lassen oder auf solche übertragen oder auslagern und sich auf die Tätigkeit einer geschäftsleitenden Holding beschränken.

§3

Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

§4

Grundkapital

- (1) Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt € 123.565.586,00 und ist in 123.565.586 Stückaktien eingeteilt.
Die Aktien liegen auf den Inhaber.
- (2) Der Vorstand wird ermächtigt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 17. Juni 2020 einmalig oder mehrmalig um bis zu insgesamt EUR 30.000.000,00 gegen Bar- und/oder Scheinlagen (einschließlich sogenannter gemischter Scheinlagen) durch Ausgabe von bis zu 30.000.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2015) und dabei einen vom Gesetz abweichenden Beginn der Gewinnbeteiligung, auch rückwirkend auf ein bereits abgelaufenes Geschäftsjahr, soweit über den Gewinn dieses abgelaufenen Geschäftsjahres noch kein Beschluss gefasst wurde, zu bestimmen. Den Aktionären ist grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen. Die neuen Aktien können auch von einem oder mehreren durch den Vorstand bestimmten Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären anzubieten (mittelbares Bezugsrecht).

Der Vorstand wird jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre in folgenden Fällen auszuschließen:

- zur Vermeidung von Spitzenbeträgen;
- bei einer Kapitalerhöhung gegen Bereinigungen, wenn der Ausgabebetrag der unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegebenen neuen Aktien den Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet und die unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegebenen neuen Aktien insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten und zwar weder zum Zeitpunkt des Wirkserwerbens noch zum Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung. Auf diese Begrenzung sind Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung aufgrund anderer Ermächtigungen in unmittelbarer oder entsprechender Anwendung von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unter Bezugsrechtsausschluss veräußert oder ausgegeben wurden bzw. auszugeben sind;
- bei einer Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen, insbesondere zum Zweck des Erwerbs eines Unternehmens, von Unternehmensteilen, einer Beteiligung an einem Unternehmen, zum Erwerb von Forderungen oder sonstigen wesentlichen Vermögensgegenständen;
- um den Inhabern von Optionsscheinen bzw. Wendel- oder Optionsanleihen ein Bezugsrecht in dem Umfang einzuräumen, wie es ihnen nach Ausübung eines Wendungs- oder Optionsrechts oder in Erfüllung einer Wendungspflicht als Aktionär zustehen würde; sowie
- bei einer Kapitalerhöhung zur Ausgabe von Belegschaftsaktien gemäß § 204 Abs. 3 AktG, wenn der Ausgabebetrag der unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen neuen Aktien den Börsenpreis nicht mehr als um höchstens 30 % unterschreitet und die unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegebenen neuen Aktien insgesamt 3 % des Grundkapitals nicht überschreiten und zwar weder zum Zeitpunkt des Wirkserwerbens noch zum Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung. Auf die vorgenannte 3 %-Grenze werden alle Aktien angerechnet, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung aufgrund anderer Ermächtigungen unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre als Belegschaftsaktien an Arbeitnehmer der Gesellschaft und Mitglieder der Geschäftsführungen und Arbeitnehmer der mit der Gesellschaft verbundenen Unternehmen zu einem Preis ausgegeben werden, der unterhalb des Börsenpreises liegt. Die 3 %-Grenze findet keine Anwendung, wenn der Börsenpreis hierbei nicht wesentlich im Sinne von § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unterschritten wird;
- die Gesamtzahl der unter Ausschluss des Bezugsrechts aufgrund einer dieser Ermächtigungen auszugebenden und ausgegebenen Aktien darf 20 % des Grundkapitals zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung nicht überschreiten; dabei sind Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung aufgrund anderer Ermächtigungen unter Bezugsrechtsausschluss veräußert oder ausgegeben wurden bzw. auszugeben sind.

Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung, insbesondere den Inhalt der Aktienrechte, die Bedingungen der Aktienausgabe einschließlich des Ausgabebetrags, festzulegen. Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, die Fassung der Satzung entsprechend dem Umfang der jeweiligen Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital zu ändern.

- (3) Das Grundkapital der Gesellschaft ist bis zu EUR 614.138,25 bedingt erhöht durch die ein- oder mehrmalige Ausgabe von bis zu EUR 614.138,25 Stückaktien mit Gewinnberechtigung ab Beginn des im Jahre der Ausgabe laufenden Geschäftsjahres (Bedingtes Kapital 2004). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Wandelschuldverschreibungen an Mitglieder des Vorstands, Berater, an Mitarbeiter der Gesellschaft sowie Mitarbeiter verbundener Unternehmen auf Grund des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung vom 15. Juli 2004. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der Wandelschuldverschreibungen, die von der Gesellschaft aufgrund des Beschlusses der Hauptversammlung vom 15. Juli 2004 ausgegeben werden, von ihren Wendungs- bzw. Bezugsrechten Gebrauch machen. Die neuen Aktien nehmen von Beginn des Geschäftsjahres an am Gewinn teil, in dem sie durch Ausübung von Wendungs- bzw. Bezugsrechten entstehen. Der Vorstand ist ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung zu bestimmen.

- (4) Das Grundkapital ist um bis zu EUR 12.356.558,00 durch Ausgabe von bis zu 12.356.558 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2016). Die bedingte Kapitalerhöhung dient der Gewährung von Aktien an die Inhaber bzw. Gläubiger von Schuldverschreibungen, die gemäß der von der Hauptversammlung vom 16. Juni 2016 unter Tagesordnungspunkt 10 lit. b) beschlossenen Ermächtigung von der Wirecard AG oder einem mit ihr im Sinne der §§ 15 ff. AktG verbundenen Unternehmen begeben werden. Die Ausgabe der neuen Aktien darf nur zu einem Wandlungs- bzw. Optionspreis erfolgen, welcher die Vorgaben der von der Hauptversammlung vom 16. Juni 2016 unter Tagesordnungspunkt 10 lit. b) beschlossenen Ermächtigung 2016 entspricht.

Die bedingte Kapitalerhöhung ist nur insoweit durchzuführen, wie von den Wandlungs- bzw. Optionsrechten Gebrauch gemacht wird oder Wandlungs- bzw. Optionspflichten erfüllt werden oder Andienungen von Aktien erfolgen und soweit nicht andere Erfüllungsformen zur Bedienung eingesetzt werden.

Die neuen Aktien nehmen von Beginn des Geschäftsjahres am Gewinn teil, für das im Zeitpunkt ihrer Entstehung durch Ausübung von Wandlungs- bzw. Optionsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungs- bzw. Optionspflichten noch kein Beschluss der Hauptversammlung über die Verwendung des Bilanzgewinns gefasst worden ist.

Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung einer bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen.

Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, die Fassung von § 4 Abs. 1 und Abs. 4 der Satzung entsprechend der jeweiligen Ausnutzung des Bedingten Kapitals 2016 anzupassen sowie alle sonstigen, damit im Zusammenhang stehenden Anpassungen der Satzung vorzunehmen, die nur die Fassung betreffen. Entsprechendes gilt im Falle der Nichtausnutzung der Ermächtigung zur Ausgabe von Schuldverschreibungen nach Ablauf des Ermächtigungszeitraumes sowie im Falle der Nichtausnutzung des Bedingten Kapitals 2016 nach Ablauf sämtlicher Wandlungs- und Optionsfristen.

- (5) Das Grundkapital ist um bis zu EUR 8.000.000,00 durch Ausgabe von bis zu 8.000.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien bedingt erhöht (Bedingtes Kapital 2019/I). Die bedingte Kapitalerhöhung dient ausschließlich der Gewährung von Aktien an die Inhaber der Wandel schuldverschreibungen, die aufgrund der von der Hauptversammlung am 18. Juni 2019 unter Tagesordnungspunkt 8.1 beschlossenen Ermächtigung von der Gesellschaft oder durch eine unmittelbare oder mittelbare Beteiligungsgesellschaft der Gesellschaft im In- oder Ausland ausgegeben werden. Die Ausgabe der neuen Aktien darf nur zu einem Wandlungspreis erfolgen, welcher den Vorgaben der von der Hauptversammlung vom 18. Juni 2019 unter Tagesordnungspunkt 8.1 beschlossenen Ermächtigung entspricht.

Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der Wandel schuldverschreibungen von Wandlungsrechten Gebrauch machen und soweit nicht bestehende Aktien, Aktien aus genehmigtem Kapital oder andere Erfüllungsformen zur Bedienung eingesetzt werden.

Die neuen Aktien nehmen von Beginn des Geschäftsjahres am Gewinn teil, für das zum Zeitpunkt ihrer Entstehung durch Ausübung von Wandlungsrechten noch kein Beschluss der Hauptversammlung über die Verwendung des Bilanzgewinns gefasst worden ist.

Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der bedingten Kapitalerhöhung und ihrer Durchführung festzulegen.

Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, die Fassung von § 4 Abs. 1 und Abs. 5 der Satzung entsprechend der jeweiligen Ausnutzung des Bedingten Kapitals 2019/I anzupassen sowie alle sonstigen damit im Zusammenhang stehenden Anpassungen der Satzung, die nur ihre Fassung betreffen, vorzunehmen. Entsprechendes gilt für den Fall der Nichtausnutzung der Ermächtigung zur Ausgabe der Wandelanleihe 2019/2024 nach Ablauf des Ermächtigungszeitraums sowie im Falle der Nicht- oder nicht vollumfänglichen Ausnutzung des Bedingten Kapitals 2019/I nach Ablauf sämtlicher Wandlungsfristen.

§ 5
Aktien

- (1) Form und Inhalt der Aktienurkunden sowie der Gewinnanteil- und Erneuerungsscheine setzt der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats fest.
- (2) Der Anspruch der Aktionäre auf Verbriefung ihrer Anteile ist ausgeschlossen, sofern nicht eine Verbriefung nach den Regeln erforderlich ist, die an einer Börse gelten, an der die Aktie zugelassen ist. Es können Sammelurkunden ausgestellt werden.

§ 6
Andere Wertpapiere

Form und Inhalt der Urkunden von Wendeschuldverschreibung, Schuldverschreibungen, Optionsanleihen und Optionsscheine, die von der Gesellschaft ausgegeben werden, sowie der entsprechenden Zins-, Berechtigungs- und Erneuerungsscheine setzt der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats fest. Der Anspruch der Einzelverbriefung ist ausgeschlossen.

II. VORSTAND

§ 7
Zusammensetzung, Geschäftsordnung und Beschlussfassung

- (1) Der Vorstand besteht aus einer oder mehreren Personen. Auch bei einem Grundkapital der Gesellschaft von mehr als € 3.000.000 kann der Vorstand aus einer Person bestehen. Es können stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellt werden.
- (2) Der Aufsichtsrat bestellt die Mitglieder des Vorstandes und bestimmt ihre Zahl nach Abs. 1. Der Aufsichtsrat kann einen Vorsitzenden des Vorstandes sowie einen stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes ernennen.
- (3) Beschlüsse des Vorstands werden mit einfacher Stimmehrheit der an der Beschlussfassung teilnehmenden Mitglieder des Vorstandes gefasst; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.

§ 8

Geschäftsleitung und Vertretung der Gesellschaft

- (1) Die Mitglieder des Vorstandes haben die Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung, der Geschäftsordnung für den Vorstand, des Geschäftsverteilungsplans sowie des jeweiligen Dienstvertrages zu führen.
- (2) Ist nur ein Mitglied des Vorstandes bestellt, so vertritt dieses die Gesellschaft allein. Sind mehrere Vorstandsmitglieder bestellt, wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokurraten vertreten.
- (3) Der Aufsichtsrat kann die Vertretung abweichend regeln, insbesondere Mitgliedern des Vorstandes Einzelvertretungsbefugnis erteilen. Der Aufsichtsrat kann weiter allgemein oder für den Einzelfall bestimmen, dass einzelne oder alle Vorstandsmitglieder berechtigt sind, die Gesellschaft bei Rechtsgeschäften mit sich als Vertreter eines Dritten zu vertragen; § 112 AktG bleibt unberührt.
- (4) Der Aufsichtsrat ordnet durch Beschluss oder in der Geschäftsordnung für den Vorstand an, welche Arten von Geschäften seiner Zustimmung bedürfen.

III. DER AUFSICHTSRAT

§ 9

Zusammensetzung und Amtsdauer

- (1) Der Aufsichtsrat besteht aus sechs Mitgliedern.
- (2) Die Bestellung des Aufsichtsrats erfolgt für die Zeit bis zur Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das vorläufige Geschäftsjahr nach Beginn der Amtszeit beschließt. Hierbei wird das Geschäftsjahr, in dem die Wahl erfolgt, nicht mitgerechnet. Eine Wiederwahl ist möglich.
- (3) Gleichzeitig mit den ordentlichen Aufsichtsratsmitgliedern können für ein oder mehrere bestimmte Aufsichtsratsmitglieder Ersatzmitglieder gewählt werden. Sie werden nach einer bei der Wahl festzulegenden Reihenfolge Mitglieder des Aufsichtsrats, wenn Aufsichtsratsmitglieder, als deren Ersatzmitglieder sie gewählt wurden, vor Ablauf der Amtszeit, aus dem Aufsichtsrat ausscheiden. Tritt ein Ersatzmitglied an die Stelle des Ausgeschiedenen, so erlischt sein Amt, fällt in einer folgenden Hauptversammlung nach Eintritt des Ersatzfalles eine Neuwahl für den Ausgeschiedenen stattfindet, mit Beendigung dieser Hauptversammlung, andernfalls mit Ablauf der restlichen Amtszeit des Ausgeschiedenen.
- (4) Wird ein Aufsichtsratsmitglied anstelle eines ausgeschiedenen Mitglieds gewählt, so besteht sein Amt für den Rest der Amtsdauer des ausgeschiedenen Mitglieds fort. Soll die Nachwahl für ein vorzeitig ausgeschiedenes Mitglied des Aufsichtsrats das Ausscheiden eines nachgerückten Ersatzmitglieds bewirken, bedarf der Beschluss über die Nachwahl einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen.
- (5) Jedes Aufsichtsratsmitglied kann sein Amt unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten niederlegen. Die Niederlegung muss durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand unter Benachrichtigung des Vorsitzenden des Aufsichtsrats erfolgen. Das Recht zur Amtsniederlegung aus wichtigem Grund bleibt davon unberührt.

§ 10 Vorsitzender und Stellvertreter

- (1) Der Aufsichtsrat wählt in der ersten Sitzung nach seiner Wahl aus seiner Mitte einen oder mehrere Stellvertreter. Die Wahl erfolgt für die Amtsduer der Gewählten oder einen kürzeren vom Aufsichtsrat bestimmten Zeitraum. Unter mehreren Stellvertretern gilt die bei ihrer Wahl bestimmte Reihenfolge.
- (2) Scheidet der Vorsitzende oder einer seiner Stellvertreter vorzeitig aus dem Amt aus, so hat der Aufsichtsrat unverzüglich eine Neuwahl für die restliche Amtszeit des Ausgeschiedenen vorzunehmen.

§ 11 Sitzungen des Aufsichtsrats

- (1) Die Sitzungen des Aufsichtsrats werden durch den Vorsitzenden des Aufsichtsrats mit einer Frist von 14 Tagen schriftlich einberufen. Bei der Berechnung der Frist werden der Tag der Absendung der Einladung und der Tag der Sitzung nicht mitgerechnet. In dringenden Fällen kann der Vorsitzende diese Frist angemessen verkürzen und mündlich, fernmündlich, schriftlich mittels elektronischer Medien (z.B. E-Mail) einberufen.
- (2) Mit der Einberufung ist die Tagesordnung mitzutellen. Ist die Tagesordnung nicht ordnungsgemäß angekündigt worden, darf hierüber nur beschlossen werden, wenn kein Aufsichtsratsmitglied widerspricht.

§ 12 Beschlüsse des Aufsichtsrats

- (1) Beschlüsse des Aufsichtsrats werden in der Regel in Sitzungen gefasst. Außerhalb von Sitzungen können auf Anordnung des Vorsitzenden des Aufsichtsrats schriftlich, fernschriftlich oder fernmündlich Entschlussfassungen oder Beschlüsse durch elektronische Medien erfolgen, wenn kein Mitglied diesem Verfahren innerhalb einer vom Vorsitzenden bestimmten angemessenen Frist widerspricht. Über solche Beschlüsse wird vom Vorsitzenden unverzüglich eine schriftliche Niederschrift erließt und allen Mitgliedern zugeleitet. Für Abstimmungen außerhalb von Sitzungen gelten die nachstehenden Bestimmungen entsprechend.
- (2) Ein Mitglied nimmt auch dann an der Beschlussfassung teil, wenn es sich in der Abstimmung der Stimme enthält.
- (3) Beschlüsse des Aufsichtsrats werden, soweit das Gesetz nicht zwingend etwas anderes bestimmt, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Dabei gilt Stimmabhaltung nicht als Stimmabgabe. Bei Wahlen genügt die verhältnismäßige Mehrheit. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden des Aufsichtsrats den Ausschlag; dies gilt auch bei Wahlen.
- (4) Der Aufsichtsratsvorsitzende ist ermächtigt, im Namen des Aufsichtsrates die zur Durchführung der Beschlüsse des Aufsichtsrats erforderlichen Willenserklärungen abzugeben.
- (5) Über die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsrats sind Niederschriften anzufertigen, die vom Vorsitzenden der Sitzung oder bei Abstimmungen außerhalb von Sitzungen vorn Leiter der Abstimmung zu unterzeichnen sind.

§ 13 Geschäftsordnung

Der Aufsichtsrat setzt im Rahmen von Gesetz und Satzung seine Geschäftsordnung selbst fest.

§ 14
Vergütung

- (1) Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für jedes volle Geschäftsjahr ihrer Zugehörigkeit zum Aufsichtsrat eine feste Vergütung in Höhe von EUR 120.000,00. Der Vorsitzende erhält das Doppelte und der stellvertretende Vorsitzende erhält das Eineinhalbache dieses Betrages. Bestehen Ausschüsse des Aufsichtsrats, erhalten deren Mitglieder für die Tätigkeit darin zusätzlich die folgenden Beträge, wenn der entsprechende Ausschuss in dem betreffenden Geschäftsjahr getagt hat:
- a) Mitglieder des Prüfungsausschusses und des Risiko- und Complianceausschusses EUR 30.000. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses und des Risiko- und Complianceausschusses erhält das Doppelte, der stellvertretende Vorsitzende das Anderthalbfache;
 - b) Mitglieder anderer Ausschüsse EUR 17.500. Vorsitzende anderer Ausschüsse erhalten das Doppelte, der stellvertretende Vorsitzende das Anderthalbfache.
- Ausschusstätigkeiten werden für höchstens zwei Ausschüsse berücksichtigt. Bei Überschreiten dieser Zahl sind die beiden höchstdotierten Funktionen maßgeblich.
- Die Vergütung für die Tätigkeit in Ausschüssen des Aufsichtsrats wird ab dem Beginn des Geschäftsjahres 2019 gewährt.
- (2) Die Vergütungen gemäß vorstehendem Absatz 1 sind zahlbar in vier gleichen Raten, jeweils fällig nach Ablauf eines Kalenderquartals. Aufsichtsratsmitglieder, die nicht während eines vollen Geschäftsjahres dem Aufsichtsrat bzw. einem Ausschuss angehören bzw. die Position des Vorsitzenden oder des stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats oder eines Ausschusses innehaben, erhalten die Vergütung zeitanteilig unter Aufrundung auf ganze Monate.
- (3) Zusätzlich erhalten die Mitglieder des Aufsichtsrats für die Teilnahme an jeder Präsenzitzung des Aufsichtsrats oder eines Ausschusses ein Sitzungsgeld in Höhe von EUR 1.250,00 pro Sitzungstag, zahlbar nach Ablauf des Kalenderquartals, in dem die entsprechenden Sitzungen stattgefunden haben. Findet an einem Tag sowohl eine Sitzung des Aufsichtsrats als auch eines Ausschusses oder Sitzungen mehrerer Ausschüsse statt, wird das Sitzungsgeld nur einmal gezahlt.
- (4) Die Gesellschaft erstattet den Aufsichtsratsmitgliedern die durch die Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen einschließlich einer auf die Vergütung und den Auslagenersatz zu entrichtenden Umsatzsteuer. Außerdem werden etwaige nach ausländischen Gesetzen für die Aufsichtsratstätigkeit entstehende Arbeitgeberbeträge für Sozialversicherungen bezahlt oder dem Aufsichtsratsmitglied erstattet.
- (5) Die Gesellschaft kann zugunsten der Aufsichtsratsmitglieder eine Vermögensschadens-Haftpflichtversicherung (D&O Versicherung) zu marktüblichen und angemessenen Konditionen abschließen, welche die gesetzliche Haftpflicht aus der Aufsichtsratstätigkeit abdeckt.

§ 15
Satzungsänderungen

Der Aufsichtsrat ist befugt, Änderungen der Satzung, die nur deren Fassung betreffen zu beschließen.

IV. DIE HAUPTVERSAMMLUNG

§ 16
Ort und Einberufung

- (1) Die Hauptversammlung findet am Sitz der Gesellschaft oder nach Wahl des einberufenden Organs am Sitz einer deutschen Wertpapierbörsse oder in der näheren Umgebung eines dieser Orte statt. Der Ort wird in der Einberufung bestimmt.
- (2) Die Hauptversammlung wird durch den Vorstand oder in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen durch den Aufsichtsrat einberufen. Die Hauptversammlung ist mindestens 30 Tage vor dem Tag der Hauptversammlung einzuberufen. Die Einberufungsfrist verlängert sich um die Tage der Anmeldefrist nach § 17 Absatz 1 der Satzung. Der Tag der Hauptversammlung und der Einberufung sind bei der Berechnung der Einberufungsfrist nicht mitzurechnen.
- (3) Die Hauptversammlung, die über die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat über die Gewinnverwendung und — soweit erforderlich — über die Feststellung des Jahresabschlusses beschließt (ordentliche Hauptversammlung), findet innerhalb der ersten acht Monate eines jeden Geschäftsjahres statt.
- (4) Die Übermittlung der Einberufungsmittelungen durch die Kreditinstitute an die Aktionäre ist gemäß § 128 Absatz 1 Satz 2 AktG auf den elektronischen Versand beschränkt,

§ 17

Teilnahme an der Hauptversammlung

- (1) Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, die sich rechtzeitig angemeldet haben. Die Anmeldung muss der Gesellschaft unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse mindestens sechs Tage vor der Versammlung zugehen. Der Tag des Zugangs ist nicht mitzurechnen. Die Anmeldung bedarf der Textform und muss in deutscher oder englischer Sprache erfolgen.
- (2) Die Berechtigung zur Teilnahme und zur Ausübung des Stimmrechts ist durch einen in Textform erstellten Nachweis des Anteilsbesitzes durch das depotführende Institut nachzuweisen. Dieser Nachweis kann in deutscher oder englischer Sprache erfolgen, hat sich auf den Beginn des einundzwanzigsten Tages vor der Hauptversammlung zu beziehen und muss der Gesellschaft unter der in der Einberufung hierfür mitgeteilten Adresse spätestens am siebten Tag vor der Hauptversammlung zugehen. Die Gesellschaft ist berechtigt, im Zweifel an der inhaltlichen Richtigkeit oder Echtheit des Nachweises einen geeigneten weiteren Nachweis zu verlangen. Wird dieser Nachweis nicht oder nicht in zugehöriger Form erbracht, kann die Gesellschaft den Aktionär zurückweisen.
- (3) Der Vorstand ist ermächtigt vorzusehen, dass Aktionäre an der Hauptversammlung auch ohne Anwesenheit an deren Ort und ohne einen Bevollmächtigten teilnehmen und sämtliche oder einzelne ihrer Rechte ganz oder teilweise im Wege elektronischer Kommunikation ausüben können. Der Vorstand ist auch ermächtigt, Bestimmungen zum Umfang und zum Verfahren der Teilnahme und Rechtsausübung nach Satz 1 zu treffen. Diese werden mit der Einberufung der Hauptversammlung bekannt gemacht.
- (4) Der Vorstand ist ermächtigt vorzusehen, dass Aktionäre ihre Stimmen, ohne an der Hauptversammlung teilzunehmen, schriftlich oder im Wege elektronischer Kommunikation abgeben dürfen (Briefwahl). Der Vorstand ist auch ermächtigt, Bestimmungen zum Verfahren zu treffen. Diese werden mit der Einberufung der Hauptversammlung bekannt gemacht.
- (5) Der Versammlungsleiter ist ermächtigt, die vollständige oder teilweise Bild- und Tonübertragung der Hauptversammlung in einer von ihm näher zu bestimmenden Weise zuzulassen.

§ 18

Stimmrecht

- (1) Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme.
- (2) Die Erteilung der Vollmacht, ihr Widerruf und der Nachweis der Bevollmächtigung gegenüber der Gesellschaft bedürfen der Textform. Die Einzelheiten für die Erteilung dieser Vollmachten, ihren Widerruf und ihren Nachweis gegenüber der Gesellschaft werden mit der Einberufung der Hauptversammlung bekannt gemacht, in der auch eine Erleichterung bestimmt werden kann. § 135 Aktiengesetz bleibt unberührt.
- (3) Die Gesellschaft kann in der Einladung Stimmrechtsvertreter benennen, die schriftlich, per Fax oder durch elektronische Übermittlung zur Ausübung des Stimmrechts bevollmächtigt werden können. Die Einzelheiten für die Erteilung dieser Vollmacht werden zusammen mit der Einladung der Hauptversammlung in den Gesellschaftsbüchern bekannt gemacht.

§ 19

Vorsitz der Hauptversammlung

- (1) Den Vorsitz in der Hauptversammlung führt der Vorsitzende des Aufsichtsrats oder ein anderes durch den Aufsichtsrat zu bestimmendes Aufsichtsratsmitglied der Aktionäre. Übernimmt kein Aufsichtsratsmitglied den Vorsitz, so eröffnet der zur Beurkundung zugezogene Notar die Hauptversammlung und lässt den Leiter der Versammlung durch diese wählen.

- (2) Der Vorsitzende leitet die Verhandlungen und bestimmt die Reihenfolge, in der die Gegenstände der Tagesordnung erledigt werden, sowie die Form der Abstimmung.

Er kann das Frage- und Rederecht der Aktionäre zeitlich angemessen beschränken; er kann insbesondere den zeitlichen Rahmen des Versammlungsablaufs, der Ausspreche zu den Tagesordnungspunkten sowie des einzelnen Rede- oder Freigabebeitrags angemessen festsetzen.

§ 20 Beschlussfassung

- (1) Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden, sofern nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, sofern das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt und sofern nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals gefasst. Stimmenthaltung gilt nicht als Stimmabgabe.
- (2) Wird bei einer Wahl im ersten Wahlgang eine einfache Stimmenmehrheit nicht erreicht, so findet eine engere Wahl unter den Personen statt, denen die beiden höchsten Stimmenzahlen zugeschlagen sind. Bei der engeren Wahl entscheidet die höchste Stimmenzahl, bei Stimmengleichheit das durch den Vorsitzenden zu ziehende Los.

§ 21 Niederschrift über die Hauptversammlung

Die Niederschrift hat für die Aktionäre sowohl untereinander als auch in Beziehung auf ihre Vertreter volle Beweiskraft.

VII. JAHRESABSCHLUSS

§ 22 Jahresabschluss

- (1) Der Vorstand hat innerhalb der gesetzlichen Fristen den Jahresabschluss (Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang) und den Lagebericht aufzustellen und dem vom Aufsichtsrat mit der Prüfung beauftragten Abschlussprüfer vorzulegen.
- (2) Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht des Vorstands und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns zu prüfen und über das Ergebnis seiner Prüfung schriftlich an die Hauptversammlung zu berichten. Er hat seinen Bericht innerhalb eines Monats, nachdem ihm die Vorlagen zugegangen sind, dem Vorstand zuzuleiten. Billigt der Aufsichtsrat nach Prüfung den Jahresabschluss, ist dieser festgestellt.
- (3) Unverzüglich nach Eingang des Berichts des Aufsichtsrats hat der Vorstand die ordentliche Hauptversammlung einzuberufen. Der Jahresabschluss, der Lagebericht des Vorstands, der Bericht des Aufsichtsrats und der Vorschlag des Vorstands für die Verwendung des Bilanzgewinns sind von der Einberufung an in den Geschäftsräumen der Gesellschaft zur Einsicht der Aktionäre auszulegen.
- (4) Stellen Vorstand und Aufsichtsrat den Jahresabschluss fest, können sie Beträge bis zur Hälfte des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einstellen. Sie sind darüber hinaus ermächtigt, Beträge bis zu einem weiteren Viertel des Jahresüberschusses in andere Gewinnrücklagen einzustellen, soweit die anderen Gewinnrücklagen die Hälfte des Grundkapitals nicht übersteigen oder soweit sie nach der Einstellung die Hälfte des Grundkapitals nicht übersteigen würden.

§ 23
Gewinnverwendung

Für die Gewinnverwendung gelten die gesetzlichen Bestimmungen. In einem Kapitalerhöhungsbeschluss kann die Gewinnverteilung neuer Aktien abweichend von § 60 Abs. 2 Satz 3 des Aktiengesetzes festgesetzt werden.

VIII. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§24
Gründungsaufwand

Die Gesellschaft trägt die mit der Gründung zusammenhängenden Kosten (Notar, Handelsregister, Berater, etc.) bis zu einem Betrag von € 2.500,00.

URNr. 1246 V/2013

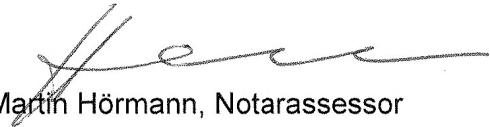
FR7768/je

**Bescheinigung gemäß § 54 GmbH-Gesetz zur Satzung
der Wirecard Technologies GmbH
mit dem Sitz in Aschheim
Amtsgericht München HRB 200352**

Ich, Notar, bescheinige, dass die anliegende Fassung des Gesellschaftsvertrages mit dem Umwandlungsbeschluss vom 23.07.2012, URNr. 1900 V/2012, übereinstimmt.

München, den 22. Mai 2013




Martin Hörmann, Notarassessor
als amtlich bestellter Vertreter des
Notars Dr. Hans-Joachim Vollrath

Satzung

der Wirecard Technologies GmbH

A. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Firma und Sitz der Gesellschaft

1. Die Firma der Gesellschaft lautet:

Wirecard Technologies GmbH

2. Der Sitz der Gesellschaft ist Aschheim, Landkreis München.

§ 2 Gegenstand des Unternehmens

1. Gegenstand der Gesellschaft ist die Entwicklung von Anwendungen im Bereich Zahlungs-, Risk- und Cashmanagementlösungen in offenen Netzen, Marketing und Verkauf dieser Produkte sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Aufgaben, Tätigkeiten und Dienstleistungen, einschließlich des Forderungsmanagements sowie des Ankaufs von Forderungen zum Zwecke der Betreibung im eigenen Namen (Factoring).
2. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte zu betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind, soweit sie hierfür keiner gesonderten Erlaubnis bedarf.
3. Die Gesellschaft darf andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art gründen, übernehmen, vertreten, leiten, verwalten und/oder sich an solchen Unternehmen beteiligen. Sie ist auch berechtigt, als Holdinggesellschaft tätig zu werden. Sie darf Unternehmensverträge abschließen und Zweigniederlassungen im In- und Ausland errichten.

§ 3 Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr

1. Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit errichtet.
2. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

§ 4 Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Bundesanzeiger.

B. Stammkapital und Stammeinlagen

§ 5 Stammkapital

1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt
EUR 1.101.000,00

(in Worten Euro eine Million einhunderteintausend) und ist eingeteilt in einen (1) Geschäftsanteil.

2. Der Geschäftsanteil Nr. 1 wurde durch Formwechsel des bisherigen Rechtsträgers, Wirecard Technologies AG mit Sitz in Aschheim, Landkreis München, Amtsgericht München HRB 142427, gemäß Formwechselbeschluss vom 23.07.2012 erbracht.

§ 6 Geschäftsanteile und Einziehung

1. Der Geschäftsanteil mit der laufenden Nummer 1 im Nennbetrag von EUR 1.101.000,00 ist durch den Formwechsel der Wirecard Technologies AG in die Wirecard Technologies GmbH an die Stelle der eine Million einhunderteintausend (1.101.000) auf den Inhaber lautenden Stückaktien an der Wirecard Technologies AG getreten.

2. Die Einziehung von Geschäftsanteilen oder Teilen von solchen ist zulässig.

C. Geschäftsführer, Geschäftsführung und Vertretung

§ 7 Geschäftsführer und Geschäftsführung

1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.
2. Die Gesellschafter können jederzeit durch Gesellschafterbeschluss eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführer erlassen.
3. Die Geschäftsführer haben die Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung, der Geschäftsordnung für die Geschäftsführer, des Geschäftsverteilungsplans sowie des jeweiligen Dienstvertrages zu führen. Durch Gesellschafterbeschluss erteilte Weisungen haben sie zu beachten.
4. Alle über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb hinausgehenden Maßnahmen dürfen sie nur aufgrund eines vorherigen Gesellschafterbeschlusses vornehmen. Die Gesellschafter können, soweit gesetzlich zulässig, durch Beschluss weitere Zustimmungserfordernisse für die Geschäftsführer festlegen.

§ 8 Vertretung der Gesellschaft

Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten.

Die Gesellschafter können durch Gesellschafterbeschluss einzelnen (einem, mehreren oder allen) Geschäftsführern die Befugnis zur Alleinvertretung und/oder eine Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB im Einzelfall oder allgemein erteilen.

D. Gesellschafterversammlungen und -beschlüsse

§ 9 Gesellschafterversammlungen und -beschlüsse

1. Die Beschlüsse der Gesellschafter werden in Versammlungen gefasst.
2. Gesellschafterbeschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht Gesetz oder Gesellschaftsvertrag eine größere Mehrheit vorsehen. Je EUR 1,00 eines Geschäftsanteiles gewährt eine Stimme. Stimmenthaltungen zählen nicht als Stimmabgabe.
3. Der Abhaltung einer Versammlung bedarf es nicht, wenn sich sämtliche Gesellschafter außerhalb einer Versammlung in Textform mit dem zu treffenden Beschluss oder mit der schriftlichen Abgabe der Stimmen einverstanden erklären und eine notarielle Beurkundung nicht zwingend ist.
4. Befinden sich alle Geschäftsanteile der Gesellschaft in der Hand eines Gesellschafters oder daneben in der Hand der Gesellschaft, so hat der Gesellschafter unverzüglich nach der Beschlussfassung eine Niederschrift aufzunehmen und zu unterschreiben.

§ 10 Einberufung der Gesellschafterversammlung

1. Die Gesellschafterversammlung ist in den im Gesetz oder Gesellschaftsvertrag bestimmten Fällen sowie dann einzuberufen, wenn das Interesse der Gesellschaft es erfordert.
2. Die Einberufung erfolgt durch schriftliche (eingeschriebener Brief, Fax oder E-Mail) Einladung der Gesellschafter durch einen Geschäftsführer unter Angabe der Tagesordnung. Zwischen der Versendung der Einladung und dem Versammlungstag muss eine Frist von mindestens vierzehn Tagen liegen. Dabei werden der Tag der Versendung und der Tag der Versammlung nicht mitgerechnet.

E. Jahresabschluss und Ergebnisverwendung

§ 11 Jahresabschluss und Ergebnisverwendung

1. Die Geschäftsführer haben den Jahresabschluss (Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung samt Anhang) und, sofern aufgrund gesetzlicher Bestimmungen erforderlich, den Lagebericht innerhalb der gesetzlichen Fristen aufzustellen und den Gesellschaftern mit ihrem Ergebnisverwendungsvorschlag vorzulegen.
2. Die Gesellschafter haben innerhalb der gesetzlichen Fristen über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses zu beschließen. Im Rahmen der Verwendung des Ergebnisses können Beträge in die Gewinnrücklagen eingestellt oder als Gewinn vorgetragen werden.

F. Schlussbestimmungen

§ 12 Schriftform

Alle das Gesellschaftsverhältnis betreffenden Vereinbarungen zwischen den Gesellschaftern oder zwischen Gesellschaft und Gesellschaftern bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, soweit nicht kraft Gesetzes notarielle Beurkundung vorgeschrieben ist. Das gilt auch für einen etwaigen Verzicht auf das Erfordernis der Schriftform.

§ 13 Salvatorische Klausel

Falls einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein sollten oder dieser Vertrag Lücken enthält, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der Unwirksamen Bestimmungen werden die Gesellschafter diejenige wirksame Bestimmung vereinbaren, welche dem Sinne und Zweck der unwirksamen Bestimmung entspricht. Im Falle von Lücken werden die Gesellschafter diejenige Bestimmung vereinbaren, die dem entspricht, was nach Sinn und Zweck dieses Vertrages vernünftiger Weise vereinbart worden wäre, hätte man die Angelegenheit von vorne herein bedacht.

§ 14 Wettbewerb

1. Den Geschäftsführern der Gesellschaft ist es nicht gestattet, im Geschäftszweig der Gesellschaft für sich selbst oder einen anderen tätig zu werden.
2. Die Gesellschafterversammlung kann mit einfacher Mehrheit Gesellschaftern und Geschäftsführern Befreiung vom Wettbewerbsverbot erteilen.

§ 15 Liquidation

Im Falle der Auflösung der Gesellschaft erfolgt die Liquidation durch den oder die Geschäftsführer, sofern nicht durch Gesellschafterbeschluss andere Liquidatoren bestellt werden.

§ 16 Gründungs- und Formwechselaufwand

1. Den Gründungsaufwand der Wirecard Technologies AG hat die FORATIS AG als ihre Gründerin gefragt.
2. Die Gesellschaft trägt die Notar- und Gerichtskosten des Formwechsels und seines Vollzugs einschließlich der damit in Zusammenhang stehenden Beratungskosten bis zu einem Betrag von EUR 10.000,00.

München, den 23.05.2013

Hiermit beglaubige ich die Übereinstimmung, der in dieser Datei enthaltenen Bilddaten (Abschrift)
mit dem mir vorliegenden Papierdokument (Urschrift).

Dr. Robert Walz
Notar

URNr. 264 V/2017

FR 4297

Registerbescheinigung

Aufgrund Einsicht in das Handelsregister des Amtsgerichts München vom heutigen Tag
bescheinige ich, dass dort unter HRB 187465 die

Wirecard Sales International Holding GmbH,
mit Sitz in Aschheim, Landkreis München

eingetragen ist und

die nachstehend beigefügte Satzung der Gesellschaft mit der dort zuletzt eingereichten
Satzung der Gesellschaft übereinstimmt.

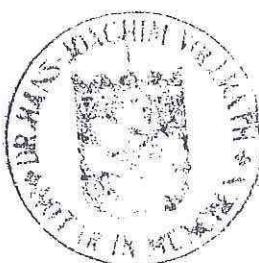
München, den 24. Januar 2017

Dr. Hans-Joachim Vollrath, Notar

**Bescheinigung gemäß § 54 GmbH-Gesetz zur Satzung der
Wirecard Sales International Holding GmbH**

Ich, Notar, bescheinige, dass die geänderten Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages mit dem Beschluss über die Änderung des Gesellschaftsvertrages vom heutigen Tage, URNr. 3600 V/16, des unterzeichnenden Notars und die unveränderten Bestimmungen mit dem vollständigen Wortlaut des Gesellschaftsvertrages – welcher zuletzt beim Handelsregister eingereicht wurde - übereinstimmen.

München, den 21. November 2016



Dr. Hans-Joachim Vollrath, Notar

Satzung

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Firma, Sitz, Geschäftsjahr

1. Die Firma der Gesellschaft lautet:

Wirecard Sales International Holding GmbH

2. Der Sitz der Gesellschaft ist Aschheim.
3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Gegenstand des Unternehmens

1. Gegenstand des Unternehmens ist das Halten von Beteiligungen an Unternehmen jeglicher Art, insbesondere solcher im Bereich Zahlungssysteme, und die Durchführung von kaufmännischen Serviceleistungen, Management-, Marketing- und Vertriebstätigkeiten, soweit dafür keine besondere Genehmigung erforderlich ist.
2. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gegenstand des Unternehmens dienen. Sie kann zu diesem Zweck auch andere Unternehmen im In- und Ausland gründen, erwerben, sich an ihnen beteiligen, Niederlassungen errichten und alle Rechtsgeschäfte vornehmen, die zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendig oder sachdienlich sind. Die Gesellschaft ist berechtigt, sich an anderen Unternehmen zu beteiligen.

§ 3 Bekanntmachungen

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

II. Stammkapital und Stammeinlagen

§ 4 Stammkapital

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt,

EUR 50.000,00

(in Worten Euro fünfzigtausend) und ist eingeteilt in einen (1) Geschäftsanteil.

§ 5 Geschäftsanteile/Vinkulierung

1. Auf das Stammkapital übernimmt die Wirecard AG, eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts München unter der Nummer HRB 169227, eine Stammeinlage von EUR 50.000,00. Der Geschäftsanteil im Nennbetrag von EUR 50.000,00 ist durch den Formwechsel der Trustpay International AG in die Trustpay International GmbH an die Stelle der fünfzig (50) auf den Namen lautenden Stückaktien an der Trustpay International AG getreten.
2. Die Geschäftsanteile können nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragen werden. Die Zustimmung wird von der Gesellschafterversammlung erteilt. Der Beschluss der Gesellschafterversammlung wird durch die Geschäftsführer der Gesellschaft bekannt gegeben.

III. Geschäftsführer, Geschäftsführung und Vertretung

§ 6 Geschäftsführer und Geschäftsführung

1. Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer.
2. Die Gesellschafter können durch Gesellschafterbeschluss eine Geschäftsordnung für die Geschäftsführer erlassen.
3. Die Geschäftsführer bedürfen der vorherigen Zustimmung durch Gesellschafterbeschluss für
 - (a) die Errichtung oder Aufhebung von Zweigniederlassungen;
 - (b) den Erwerb, die Veräußerung oder die Belastung von Beteiligungen an anderen Unternehmen;
 - (c) den Erwerb oder die Veräußerung von Betrieben oder Teilbetrieben;
 - (d) alle Geschäfte, die über den gewöhnlichen Geschäftsbetrieb der Gesellschaft hinausgehen, sowie
 - (e) alle Geschäfte, welche die Gesellschafter durch Gesellschafterbeschluss für zustimmungsbedürftig erklären.
4. Die Geschäftsführer haben die Geschäfte der Gesellschaft nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung, der Geschäftsordnung für die Geschäftsführer, des Geschäftsverteilungsplans sowie des jeweiligen Dienstvertrages zu führen.

§ 7 Vertretung der Gesellschaft

Ist nur ein Geschäftsführer bestellt, so vertritt dieser die Gesellschaft allein. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich oder durch einen Geschäftsführer in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Die Gesellschafterversammlung kann die Vertretung abweichend regeln, insbesondere einzelnen Geschäftsführern

Einzelvertretungsbefugnis erteilen. Die Gesellschafterversammlung kann weiter allgemein oder für den Einzelfall bestimmen, dass einzelne oder alle Geschäftsführer berechtigt sind, die Gesellschaft bei Rechtsgeschäften mit sich als Vertreter eines Dritten zu vertreten (Mehrfachvertretung).

IV. Gesellschafterversammlungen und Gesellschafterbeschlüsse

§ 8 Gesellschafterversammlungen und Gesellschafterbeschlüsse

1. Die Beschlüsse der Gesellschafter werden in Versammlungen gefasst.
2. Gesellschafterbeschlüsse werden mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht Gesetz oder Gesellschaftsvertrag eine größere Mehrheit vorsehen. Je EUR 50,00 eines Geschäftsanteiles gewähren eine Stimme. Stimmenthaltungen zählen nicht als Stimmabgabe.
3. Der Abhaltung einer Versammlung bedarf es nicht, wenn sich sämtliche Gesellschafter außerhalb einer Versammlung in Textform mit der zu treffenden Bestimmung oder mit der schriftlichen Abgabe der Stimmen einverstanden erklären und die Abhaltung einer Versammlung nicht zwingend notwendig ist.
4. Befinden sich alle Geschäftsanteile der Gesellschaft in der Hand eines Gesellschafters oder daneben in der Hand der Gesellschaft, so hat er unverzüglich nach der Beschlussfassung eine Niederschrift aufzunehmen und zu unterschreiben.

V. Jahresabschluss und Ergebnisverwendung

§ 9 Jahresabschluss und Ergebnisverwendung

1. Die Geschäftsführer haben den Jahresabschluss (Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung samt Anhang) und, sofern aufgrund gesetzlicher Bestimmungen erforderlich, den Lagebericht innerhalb der gesetzlichen Fristen aufzustel-

len und den Gesellschaftern mit ihrem Ergebnisverwendungsvorschlag vorzulegen.

- 2 Die Gesellschafter haben innerhalb der gesetzlichen Fristen über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Ergebnisses zu beschließen.

VI. Schlussbestimmungen

§ 10 Gründungsaufwand

Satzung alt AG: Die Gesellschaft trägt die Kosten der Gründung im geschätzten Gesamtbetrag in Höhe von Euro 3.000,00. Satzung neu GmbH: Die Gesellschaft trägt die Kosten des Formwechsels bis zu einem Betrag von Euro 7.500,00.

§ 11 Schriftform

Alle das Gesellschaftsverhältnis betreffenden Vereinbarungen zwischen den Gesellschaftern oder zwischen Gesellschaft und Gesellschaftern bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform, soweit nicht Kraft Gesetzes notarielle Beurkundung vorgeschrieben ist. Das gilt auch für einen etwaigen Verzicht auf das Erfordernis der Schriftform.

§ 12 Salvatorische Klausel

Falls einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein sollten oder dieser Vertrag Lücken enthält, wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Anstelle der Unwirksamen Bestimmungen werden die Gesellschafter diejenige wirksame Bestimmung vereinbaren, welche dem Sinne und Zweck der unwirksamen Bestimmung entspricht. Im Falle von Lücken werden die Gesellschafter diejenige Bestimmung vereinbaren, die dem

entspricht, was nach Sinn und Zweck dieses Vertrages vernünftiger Weise ver-
einbart worden wäre, hätte man die Angelegenheit von vorne herein bedacht.

---Anlage geschlossen---



COMPANY LIMITED BY SHARES

MEMORANDUM OF ASSOCIATION



3037563

OF

WIRECARD PAYMENT SOLUTIONS HOLDINGS LIMITED

1. The name of the Company is Wirecard Payment Solutions Holdings Limited.
2. The objects for which the Company is established are:
 - 2.1 To carry on the business of a holding company and to acquire, hold, deal with and dispose of any shares in the capital of any company and to co-ordinate the administration of such companies, as the Company shall deem fit.
 - 2.2 To carry on any other business, except the issuing of policies of insurance, which may seem to the Company capable of being conveniently carried on in connection with the above, or calculated directly or indirectly to enhance the value of or render profitable any of the Company's property or rights.
 - 2.3 To invest any monies of the Company in such investments and in such manner as may from time to time be determined, and to hold, sell or deal with such investments and generally to purchase, take on lease or in exchange or otherwise acquire any real and personal property and rights or privileges.
 - 2.4 To subscribe for, take, purchase or otherwise acquire and hold shares or other interests in, or securities of any other company having objects altogether or in part similar to those of this Company or carrying on any business capable of being carried on so as, directly or indirectly, to benefit this Company.
 - 2.5 To develop and turn to account any land acquired by the Company or in which it is interested and in particular by laying out and preparing the same for building purposes, constructing, altering, pulling down, decorating, maintaining , fitting up and improving buildings and conveniences, and by planting, paving, draining, farming, cultivating, letting on building lease or building agreement and by advancing money to and entering into contracts and arrangements of all kinds with builders, tenants and others.

- 2.6 To acquire and undertake the whole or any part of the business, property, goodwill and assets of any person, firm or company carrying on or proposing to carry on any of the businesses which the Company is authorised to carry on, or which can be conveniently carried on in connection with the same, or may seem calculated directly or indirectly to benefit the Company.
- 2.7 To employ the funds of the Company in the development and expansion of the business of the Company and all or any of its subsidiary or associated companies and in any other company whether now existing or hereafter to be formed and engaged in any like business of the Company or any of its subsidiary or associated companies or of any other industry ancillary thereto or which can conveniently be carried on in connection therewith.
- 2.8 To lend money to such persons or companies either with or without security and upon such terms as may seem expedient.
- 2.9 To borrow or otherwise raise money or carry out any other means of financing, whether or not by the issue of stock or other securities, and to enter into or issue interest and currency hedging and swap agreements, forward rate agreements, interest and currency futures or options and other forms of financial instruments, and to purchase, redeem or pay off any of the foregoing.
- 2.10 To secure the payment of money or other performance of financial obligations in such manner as the Company shall think fit, whether or not by the issue of debentures or debenture stock, perpetual or otherwise, charged upon all or any of the Company's property, present or future, including its uncalled capital.
- 2.11 To adopt such means of making known the Company and its products and services as may seem expedient.
- 2.12 To sell, improve, manage, develop, exchange, lease, mortgage, enfranchise, dispose of, turn to account or otherwise deal with all or any part of the property, undertaking, rights or assets of the Company and for such consideration as the Company might think fit. Generally to purchase, take on lease or in exchange or otherwise acquire any real and personal property and rights or privileges.
- 2.13 To acquire and carry on any business carried on by a subsidiary or a holding Company of the Company or another subsidiary of a holding company of the Company.
- 2.14 To provide services of any kind including the carrying on of advisory, consultancy, brokerage and agency business of any kind.
- 2.15 To guarantee, grant indemnities in respect of, support or secure, whether by personal covenant or by mortgaging or charging all or any part of the undertaking, property and assets (present and future) and uncalled capital of the Company, or by both such methods, the performance of the contracts or obligations of and the repayment or payment of the principal amounts of and premiums, interest and dividends on any securities of any person, firm or company, including (without prejudice to the generality of the foregoing) any company which is for the time being the Company's holding company as defined by section 155 of the Companies Act 1963, or another subsidiary as defined by the said section of the Company's holding company or otherwise associated with the Company in business notwithstanding the fact that the Company may not receive any consideration, advantage or benefit, direct or indirect from entering into such guarantee or other arrangement or transaction contemplated herein.

- 2.16 To amalgamate with any other company.
- 2.17 To apply for, purchase or otherwise acquire any patents, brevets d'invention, licences, trade marks, technology and know-how and the like conferring any exclusive or non-exclusive or limited right to use or any secret or other information as to any invention or technology which may seem capable of being used, for any of the purposes of the Company or the acquisition of which may seem calculated directly or indirectly to benefit the Company, and to use, exercise, develop or grant licences in respect of or otherwise turn to account the property rights or information so acquired.
- 2.18 To enter into partnership or into any arrangement for sharing profits, union of interests, co-operation, joint venture or otherwise with any person or company or engage in any business or transaction capable of being conducted so as directly or indirectly to benefit the Company.
- 2.19 To grant pensions or gratuities (to include death benefits) to any officers or employees or ex-officers or ex-employees of the Company, or its predecessors in business or the relations, families or dependants of any such persons, and to establish or support any non-contributory or contributory pension or superannuation funds, any associations, institutions, clubs, buildings and housing schemes, funds and trusts which may be considered calculated to benefit any such persons or otherwise advance the interests of the Company or of its members.
- 2.20 To promote any company or companies for the purpose of acquiring all or any of the property and liabilities of this Company or for any other purpose which may seem directly or indirectly calculated to benefit this Company.
- 2.21 To remunerate any person or company for services rendered or to be rendered in placing or assisting to place or guaranteeing the placing of any of the shares in the Company's capital or any debentures, debenture stock or other securities of the Company, or in or about the formation or promotion of the Company or the conduct of its business.
- 2.22 To draw, make, accept, endorse, discount, execute and issue promissory notes, bills of exchange, bills of lading, warrants, debentures, letters of credit and other negotiable or transferable instruments.
- 2.23 To undertake and execute any trusts the undertaking whereof may seem desirable, whether gratuitously or otherwise.

- 2.24 To procure the Company to be registered or recognised in any country or place.
- 2.25 To promote freedom of contract and to counteract and discourage interference therewith, to join any trade or business federation, union or association, with a view to promoting the Company's business and safeguarding the same.
- 2.26 To do all or any of the above things in any part of the world as principal, agent, contractor, trustee or otherwise, and by or through trustees, agents or otherwise and either alone or in conjunction with others.
- 2.27 To distribute any of the property of the Company in specie among the members.
- 2.28 To do all such other things as the Company may think incidental or conducive to the attainment of the above objects or any of them.

NOTE A: The objects specified in each paragraph of this clause shall, except where otherwise expressed in such paragraph, be in no wise limited or restricted by reference to, or inference from, the terms of any other paragraph.

NOTE B: It is hereby declared that the word "company" in this clause (except where it refers to this Company) will be deemed to include any partnership or other body of persons, whether or not incorporated and whether formed in Ireland or elsewhere.

- 3. The liability of the members is limited.
- 4. The share capital of the Company is €10,000 divided into 10,000 shares of €1.00 each.

We, the several persons whose names and addresses are subscribed, wish to be formed into a company in pursuance of this memorandum of association, and we agree to take the number of shares in the capital of the Company set opposite our respective names.

Names, Addresses and Descriptions of Subscribers	Number of shares taken by each Subscriber
John Carbone 150 Eglinton Avenue East Suite 301, Ontario Toronto MRP 1E8 Canada	Three thousand three hundred and ninety four
Business Executive	John Carbone
Dietmar Knoechelmann Ringstrasse 10 D-38530 Diddere Germany	Two thousand nine hundred and thirty three
Business Executive	Dietmar Knoechelmann
Total:	6,327

Dated 5th day of October, 2005

Witness to the above signatures:

Print Name: Dan Kershaw.....

Dan Kershaw

Witness to Signature of John Carbone:

8 Nantucket Drive,
Richmond Hill
Ontario

Print Name: Dan Kershaw.....

Dan Kershaw

Witness to Signature of Dietmar Knoechelmann: -

8 Nantucket Drive,
Richmond Hill
Ontario

COMPANIES ACTS, 1963 TO 2006

COMPANY LIMITED BY SHARES

ARTICLES OF ASSOCIATION

OF

WIRECARD PAYMENT SOLUTIONS HOLDINGS LIMITED

PRELIMINARY

1. **Table A:** The regulations in Part II of Table A in the First Schedule to the Act (as amended by the Acts) will apply to the company subject to the alterations herein contained and will, so far as not inconsistent with these presents, bind the company and the shareholders.

2. **Definitions:** In these articles, unless the context otherwise requires:
“the 1983 Act” means the Companies (Amendment) Act 1983;
“the 1990 Act” means the Companies Act, 1990;
“the Acts” means the Companies Acts 1963 to 2006;
“the Auditors” means the auditors or auditor for the time being of the company;
“Ireland” means Ireland excluding Northern Ireland and all references in Table A to “the state” will be construed as meaning references to Ireland;
“The Single-Member Company Regulations” means the European Communities (Single-Member Private Limited Companies) Regulations, 1994; and
“Table A” means Table A in the First Schedule to the Act.

3. **Interpretation:**

- 3.1 All references in Table A to the Companies Acts, 1963 to 1983 will be construed as references to the Acts.
- 3.2 Unless the contrary is clearly stated, reference to any section of any of the Acts is to such section as same may be amended, extended or re-enacted (whether before or after the date hereof) from time to time.
- 3.3 Reference to any legislation or document includes that legislation or document as amended or supplemented from time to time.
- 3.4 Unless the context otherwise requires, words importing the singular include the plural and vice versa, words importing the masculine include the feminine, and words importing persons include corporations.
- 3.5 Headings are inserted for convenience only and do not affect the construction of these articles.

SHARE CAPITAL

4. **Capital Structure:** The capital of the company is €10,000 divided into 10,000 Ordinary Shares of €1.00 each.
5. **Directors' Authority to Allot Shares:** The directors are generally and unconditionally authorised to exercise all powers of the company to allot relevant securities (as defined for the purposes of section 20 of the 1983 Act) up to an amount equal to the authorised but unissued share capital of the company as at the date of incorporation of the company, and such authority will expire five years from that date save that the company may before such expiry make an offer or agreement which would or might require relevant securities to be allotted after such expiry and the directors may allot relevant securities in pursuance of such offer or agreement as if the authority conferred hereby had not expired. Section 23(1) of the 1983 Act is hereby excluded in its application in relation to all allotments by the company of equity securities as defined for the purposes of that section.
6. **Purchase of Own Shares:** Subject to and in accordance with the provisions of the Acts, the company may purchase its own shares (including any redeemable shares).
7. **Financial Assistance:** The company may give any form of financial assistance which is permitted by the Acts for the purpose of or in connection with a purchase or subscription made or to be made by any person of or for any shares in the company or in the company's holding company and regulation 10 of Part I of Table A will be modified accordingly.

TRANSFER OF SHARES

8. The instrument of transfer of a fully paid up share need not be signed by or on behalf of the transferee and regulation 22 of Part I of Table A will be modified accordingly.

GENERAL MEETINGS

9. **General Meetings outside Ireland:** Annual general meetings shall be held in Ireland unless in respect of any particular meeting either all the members entitled to attend and vote at such meeting consent in writing to its being held elsewhere or a resolution providing that it be held elsewhere has been passed at the preceding annual general meeting. Extraordinary general meetings may be held in or outside Ireland. Regulation 47 of Part I of Table A will not apply and regulation 50 will be construed as if the words "within the State" were deleted therefrom.
10. **Auditors' Requisition:** An extraordinary general meeting shall be convened upon the requisition of the Auditors under the circumstances described in section 186 of the 1990 Act, as well as upon the requisition described in regulation 50 of Part I of Table A.

PROCEEDINGS AT GENERAL MEETINGS

11. **Proxies:** In regulation 70 of Part I of Table A the words "not less than 48 hours before the time for holding" and "not less than 48 hours before the time appointed for" will be deleted and there shall be substituted therefor the words "before the commencement of" on both occasions.
12. **Poll:** A poll may be demanded at any general meeting by any member present in person or by proxy who is entitled to vote thereat and regulation 59 of Part I of Table A will be modified accordingly.

VOTES OF MEMBERS

13. For so long as:
 - 13.1 the company holds shares as treasury shares; or
 - 13.2 any subsidiary of the company holds shares in the companythe company or the subsidiary as the case may be shall not exercise any voting rights in respect of the shares and regulations 63 to 73 of Part I of Table A will be modified accordingly.

RESOLUTIONS IN WRITING BY MEMBERS

14. A resolution in writing made pursuant to regulation 6 of Part II of Table A may consist of one document or two or more documents to the same effect each signed by one or more members.

SINGLE-MEMBER COMPANY

15. If at any time the company has only one member, that is to say that all the issued shares of the company are registered in the name of a sole person (whether a natural person or a body corporate), it will be a single-member company within the meaning of the single-member company regulations. If and so long as the company is a single-member company, the following provisions will apply notwithstanding anything to the contrary in these Articles or Table A:
- 15.1 **Annual General Meetings:** The sole member may decide to dispense with the holding of annual general meetings. Such decision will be effective for the year in which it is made and subsequent years, but nevertheless the sole member or the Auditors may require the holding of an annual general meeting in any such year in accordance with the procedure laid down in the Single-Member Company Regulations.
- 15.2 Where a decision to dispense with the holding of annual general meetings is in force, the accounts and the directors' and Auditors' reports that would otherwise be laid before an annual general meeting shall be sent to the sole member as provided in the Single-Member Company Regulations, and the provisions of the Acts with regard to the annual return and the accounts which apply by reference to the date of the annual general meeting will be construed as provided in the Single-Member Company Regulations.
- 15.3 **Quorum at General Meetings:** The sole member, present in person or by proxy, is a sufficient quorum at a general meeting.
- 15.4 **Resolutions of Shareholders:** All matters requiring a resolution of the company in general meeting (except the removal of the Auditors from office) may be validly dealt with by a decision of the sole member. The sole member must provide the Company with a written record of any such decision or, if it is dealt with by a written resolution under regulation 6 of Part II of Table A, with a copy of that resolution, and the decision or resolution shall be recorded and retained by the company.
- 15.5 **Contracts with Sole Member:** Where the company enters into a contract with the sole member which is not in the ordinary course of business and which is not in writing, and the sole member also represents the company in the transaction (whether as a director or otherwise), the directors shall ensure that the terms of the contract are forthwith set out in a written memorandum or are recorded in the minutes of the next directors' meeting.
16. If and whenever the company becomes a single-member company or ceases to be a single-member company, it shall notify the Registrar of Companies as provided in the Single-Member Company Regulations.

DIRECTORS

17. **Number of Directors:** The company will have not less than two directors. Regulation 75 of Part I of Table A will not apply.
18. **No Share Qualification:** A director or alternate director will not be required to hold any shares in the company by way of qualification, and regulation 77 of Part I of Table A will not apply.

19. **Directors' Right to Attend Meetings:** A director who is not a member of the company will nevertheless be entitled to receive notice of, attend and speak at any general meeting or separate meeting of the holders of any class of shares, and regulation 136 of Part I of Table A will be modified accordingly.

POWERS AND DUTIES OF DIRECTORS

20. **Powers to Borrow and Grant Security:** The directors may exercise all the powers of the company to borrow money and to mortgage or charge its undertaking, property and uncalled capital or any part thereof and, subject to section 20 of the 1983 Act, to issue debentures, debenture stock and other securities whether outright or as security for any debt, liability or obligation of the company or of any third party. Regulation 79 of Part I of Table A will not apply.
21. **Interests in Contracts:** The obligations of a director to disclose the nature of his interest in any contract or proposed contract with the company will apply equally to any shadow director who shall declare his interest in the manner prescribed by section 27(3) of the 1990 Act.
22. **Directors' Contracts:** No contract will be entered into by the company for the employment of, or the provision of services by, a director or a director of a holding company of the company containing a term to which section 28 of the 1990 Act applies without obtaining the approval provided for in that section, and regulation 85 of Part I of Table A will be modified accordingly.

DISQUALIFICATION OF DIRECTORS

23. The office of director will be ipso facto vacated if the director:
- 23.1 becomes prohibited from being a director of the company by reason of any declaration or order made under section 150 or 160 of the 1990 Act; or
- 23.2 is removed from office by notice in writing served upon him signed by all his co-directors as well as under the circumstances described in regulation 91 of Part I of Table A.

ROTATION AND RE-ELECTION

24. The directors will not retire at the first annual general meeting or by rotation, or require to be re-elected in general meeting following appointment by the directors. Regulations 92 to 100 inclusive of Part I of Table A will be modified accordingly.

PROCEEDINGS OF DIRECTORS

25. **Committees of Directors:** The meetings and proceedings of any committee formed by the directors will be governed by the provisions of these articles regulating the meetings and proceedings of directors so far as the same are applicable and are not superseded by any regulations imposed on such committee by the directors.

26. **Alternate Directors:**

- 26.1 Any director may from time to time appoint any person to be his alternate. The alternate will be entitled to attend and vote at any meeting of the directors at which the appointer is not personally present and, in the absence of the appointer, to exercise all the powers, rights, duties and authorities of the appointer as a director (other than the right to appoint an alternate hereunder), but will not be entitled to be remunerated otherwise than out of the fees of the appointer. Any appointment under this Article shall be effected by notice in writing given by the appointer to the Secretary. Any appointment so made may be revoked at any time by the appointer by notice in writing given by the appointer to the Secretary, and an alternate's appointment will ipso facto come to an end if for any reason the appointer ceases to be a director.
- 26.2 An alternate may exercise all the powers, rights, duties and authorities of the director appointing him (other than the right to appoint an alternate hereunder).
- 26.3 A person may act as an alternate for more than one director and while he is so acting will be entitled to a separate vote for each director he is representing and, if he is himself a director, his vote or votes as an alternate will be in addition to his own vote. An alternate will be counted for the purpose of reckoning whether a quorum is present at any meeting attended by him at which he is entitled to vote, but where he is himself a director or is the alternate of more than one director he will only be counted once for such purpose.
- 26.4 Regulation 9 of Part II of Table A will not apply.

27. **Resolutions of Directors and Committees at Electronic Board Meetings:**

- 27.1 All or any of the directors, or of the members of a Committee, can take part in a meeting of the directors, or of a Committee as the case may be, by the use of conference telephone, video-conferencing or other telecommunications equipment designed to allow all persons participating to hear each other speak (an "Electronic Meeting").
- 27.2 A person taking part in this way will be counted as being present at the meeting, and an Electronic Meeting will be considered to be a meeting of directors, or of a Committee as the case may be, for the purpose of passing resolutions but not for doing any other act or thing which, under specific requirements of the Acts, must be done at a meeting of directors.
- 27.3 The provisions of these regulations, in so far as they relate to the summoning of meetings of directors or of Committees, the appointment and powers of a chairman, the transaction of business, alternates, quorum, voting, adjournment and the keeping of minutes, will apply to an Electronic Meeting as if it were a meeting of directors, or of a Committee as the case may be, at which all those taking part were in the physical presence of each other.

28. **Resolutions in Writing:** A resolution in writing signed by each director (or his alternate) will be as valid as if it had been passed at a meeting of the directors duly convened and held. A resolution in writing signed by each member of a Committee (or, in the case of a director, his alternate) will be as valid as if it had been passed at a meeting of that Committee duly convened and held. Such a resolution may consist of one document or two or more documents to the same effect each signed by one or more of the signatories.

EXECUTIVE DIRECTORS

29. The directors may from time to time appoint one or more of themselves to be managing director or any other category of executive director for such period and on such terms as to remuneration or otherwise as they think fit, and, subject to the terms of any agreement entered into in any particular case, may revoke such appointment. Regulations 110 and 111 of Part I of Table A will not apply and regulation 112 will apply to all executive directors as it applies to a managing director.

THE SEAL

30. An alternate who is not also a director will be entitled to sign or countersign an instrument to which the seal is affixed as if he were the director who appointed him, and regulation 115 of Part I of Table A will be modified accordingly.

ACCOUNTS

31. The company will comply with the provisions of the acts and all other relevant legislation with regard to accounts, and regulations 125 to 129 of Part I of Table A will be modified accordingly.

CAPITALISATION OF PROFITS

32. The reference in regulation 130 to section 64 of the Act will be construed as a reference to section 207 of the 1990 Act.

AUDITORS

33. The Auditors will be appointed and removed and their rights and duties regulated in accordance with the Acts. The Auditors will be entitled to attend any general meeting and to receive all notices of, and other communications relating to, any general meeting which any member is entitled to receive, and to be heard on any part of the business which concerns them as auditors. Regulation 132 of Part I of Table A will not apply.

NOTICES

34. A notice to be given by the company to any person entitled to receive it (the "Addressee") shall be in writing and may be given to the Addressee personally, delivered or posted (properly addressed and prepaid) to his registered address or transmitted by telecopier to any telecopier number which the Addressee may have furnished to the company for the purpose. A notice given in a manner referred to in this Article will be deemed to given as follows:

- 34.1 if given to the Addressee personally or delivered, when so given or delivered;
- 34.2 if posted, in the case of the notice of a meeting, 24 hours after posting or, in any other case, at the time at which the letter would be delivered in the ordinary course of post; or
- 34.3 if transmitted by telecopier, when so transmitted provided the correct code or telecopier number is received on the transmission report.

Regulation 133 of Table A will not apply.

INDEMNITY

35. Subject to the Acts, every director, managing director, agent, auditor, secretary and other officer for the time being of the company shall be indemnified out of the assets of the company against any liability incurred by him in defending any proceedings, whether civil or criminal, in relation to his acts while acting in such office, in which judgment is given in his favour or in which he is acquitted or in connection with any application under section 391 of the Act in which relief is granted to him by the court. Regulation 138 of Part I of Table A will not apply.

Names, Addresses and Descriptions of Subscribers

John Carbone
150 Eglinton Avenue East
Suite 301,
Ontario
Toronto MRP 1E8
Canada

John Carbone

Business Executive

Dietmar Knoechelmann
Ringstrasse 10
D-38530 Diddere
Germany

Dietmar Knoechelmann

Business Executive

Dated 5th day of October, 2005

Witness to the above signatures:

Print Name: Dan Kershaw.....

Dan Kershaw

Witness to Signature of John Carbone:

8 Nantucket Drive,
Richmond Hill
Ontario

Print Name: Dan Kershaw.....

Dan Kershaw

Witness to Signature of Dietmar Knoechelmann:

8 Nantucket Drive,
Richmond Hill
Ontario



The Registrar of Companies
Companies Office
Parnell House
Parnell Square
Dublin 1

Re:

**Gateway Payment Solutions Holdings Limited (CRO No. 409925) proposed change
of name to Wirecard Payment Solutions Holdings Limited**

**G Two Pay Limited (CRO No. 409923) change of name to proposed Wirecard
Payment Solutions Limited**

Dear Sirs

We, the undersigned, as Director and Secretary of Gateway Payment Solutions Holdings Limited and G Two Pay Limited hereby confirm that we have no objection to the above names changes as both companies are associated.

Yours faithfully

A handwritten signature in black ink.

Andy Quinn
Director
for and on behalf of
G Two Pay Limited and
Gateway Payment Solutions
Holdings Limited

A handwritten signature in black ink.

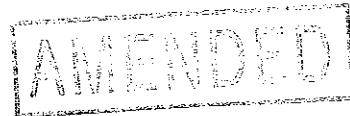
Helen Meehan
Company Secretary
for and on behalf of
G Two Pay Limited and
Gateway Payment Solutions
Holdings Limited

Dated this

17/12/07

G TWO PAY LTD.

1st Floor Ulysses House, Foley Street, Dublin 1, Ireland
Tel: +353 (0)1 876 5800 Fax: +353 (0)1 876 5850
Company Registered in Ireland Number: 409923
Registered Office: 1st Floor Ulysses House, Foley Street, Dublin 1, Ireland
Directors: Dietmar Knoechelmann CEO, (German)
& Andy Quinn, Director



**MEMORANDUM OF ASSOCIATION
OF
Wirecard Processing FZ-LLC**

The name of the Company is Wirecard Processing FZ-LLC.

1. The Registered Office of the Company shall be situated at the Dubai Technology and Media Free Zone in Dubai - United Arab Emirates.
2. The objects for which the Company is established are:
 - a) To carry on all such business as the Dubai Technology and Media Free Zone Authority ("the Authority") may permit under the terms of the licence to be issued to it by the Authority ("the Licence"). For this purpose the Licence shall be an integral part of this Memorandum of Association.
 - b) To carry on any other trade or business which can, in the opinion of its Board of Directors and subject to the Authority's approval, be advantageously carried on in connection with or as ancillary to any of the business or activity set out in the Licence.
 - c) Not notwithstanding the generality of the foregoing, the Company may not:
 - (i) carry on any banking business or any business of financial brokerage or financial advisory services unless it is duly licensed by the competent UAE Authorities;
 - (ii) carry on business as an insurance or reinsurance agent or insurance broker unless it is duly licensed to do so by the competent UAE Authorities.
3. The authorized and issued capital of the Company is AED 10,000,000.00 divided into 10000 shares of AED 1,000.00 par value, which shares have been issued to the shareholders as set out at the end of this Memorandum of Association.
4. The capital of the Company shall be made of one class and one series of shares. However, subject to the approval of the Authority, the Company may issue different classes of share provided that the designations, powers, preferences, rights, qualifications, limitations and restrictions of each class and series of share that the Company is authorized to issue shall be fixed by resolution of the Shareholders of the Company. The Shareholders shall not allocate different rights as to voting, dividends, redemption or distributions on liquidation unless the Memorandum of Association shall have been amended to create separate classes of shares and all the aforesaid rights as to voting, dividends, redemption and distributions shall be identical in each separate class.
5. If at any time the authorized capital is divided into different classes or series of shares, the rights attached to any class or series (unless otherwise provided by the terms of issue of the shares of that class or series) may, whether or not the Company is being wound up, be varied with the consent in writing of the holders of not less than three - fourths of the issued shares of that class or series and of the holders of not less than three-fourths of the issued shares of any other class or series of shares which may be affected by such variation.
6. The rights conferred upon the holders of the shares of any class issued with preferred or other rights shall not, unless otherwise expressly provided by the terms of issue of the shares of that class, be deemed to be varied by the creation or issue of further shares ranking pari passu therewith.

8. The Company may not issue bearer shares. The Company may not issue new shares unless its issued shares have been fully paid.
9. The Company may not directly or indirectly acquire its own shares unless expressly permitted to do so by the Authority.
10. No provision in this Memorandum of Association may be amended, modified, varied, altered, change or substituted save by the shareholders resolution which shall be subject to the approval of the Authority.
11. The Company shall have a separate legal personality wholly distinct from that of its shareholders. The liability of the shareholders to the debts of the Company shall be limited to the amount unpaid of their respective shares if any.

We, the several persons, whose names and addresses are described below, are desirous of forming a Dubai Technology and Media Free Zone Company in pursuance of this Memorandum of Association, and we respectively agree to take the number of shares in the capital of the Company set opposite our respective names.

S.No	Share Holder Name	Address	No Of Shares
1	Wirecard AG	Bretonischer Ring 4, 85630 Grashrunn, Munich-----Germany-	10000

Date: 1 of April 2012

Name : Wirecard AG

Signature : Ehab Lamine ob wirecard

Before me <u>Hilary Al-Halabi</u> of the Dubai Technology and Media Free Zone Authority, appeared Mr./Ms. <u>Ehab Lamine ob wirecard</u> <u>AG</u>
Who signed this document, this day <u>01</u> of <u>APRIL</u> <u>2012</u>



JR
For Registrar

02 APR 2012 - JR



ARTICLES OF ASSOCIATION OF CardSystems Middle East FZ-LLC

A Free Zone Company
Incorporated in the Dubai Creative Clusters

DEFINITIONS AND INTERPRETATION

In these Articles:

"AED" means UAE Dirhams, the lawful currency of the UAE;

"Authority" means the Dubai Creative Clusters Authority;

"Articles" means these Articles of Association;

"Board" means the board of directors of the Company from time to time;

"Company" means CardSystems Middle East FZ-LLC;

"DCC Private Companies Regulations" means the Dubai Creative Clusters Private Companies Regulations of 2016, as may be amended from time to time;

"DIFC" means the Dubai International Financial Centre;

"DIFC Courts" means the DIFC Court of First Instance and the DIFC Court of Appeal, as established under Article 3 of Dubai Law No. 12 of 2004 and pursuant to Dubai Law No. 9 of 2004;

"Director" means a member of the Board;

"General Manager" means the natural person appointed from time to time by the Board in accordance with the DCC Private Companies Regulations;

"Licensing Regulations" means the regulations promulgated by the Authority in respect of any trade or business to be engaged in or carried on in the Zone, as may be amended from time to time;

"Member" means the person whose name is entered in the register of members of the Company as the holder of the Shares;

"Ordinary Resolution" means a resolution of a duly constituted general meeting of the members in respect of which notice of intention to propose the resolution has been given, and that has been passed by a simple majority of the votes cast on behalf of the shares entitled to vote on the resolution through or on behalf of the members present in person or by proxy and voting at the meeting;

"Shares" means shares in the issued share capital of the Company;

"Special Resolution" means a resolution of a duly constituted general meeting of the members in respect of which notice of intention to propose the resolution has been given, and that has been passed by the vote of members holding at least 75% of the Shares entitled to vote on the resolution present in person or by proxy and voting at the meeting;

"UAE" means the United Arab Emirates; and

"Zone" means the Dubai Creative Clusters, the free zone established in accordance with Law No. 15 of 2014 concerning the Creative Clusters in the Emirate of Dubai.

1.2 Unless the context otherwise requires:

1.2.1 words in the singular shall include the plural and vice-versa;

1.2.2 words in the masculine shall include the feminine; and

1.2.3 words relating to persons shall include any natural person or body corporate, including a company, partnership, government entity or state.

1.3 The word "may" shall be construed as permissive and the word "shall" as imperative.

1.4 The headings herein are for convenience only and shall not affect the construction of these Articles.

2. NAME OF THE COMPANY

The name of the Company is CardSystems Middle East FZ-LLC

3. REGISTERED OFFICE

The Company shall at all times maintain an office in the Zone, which shall be its registered office.



OBJECTS OF THE COMPANY

- 4.1 The Company's objects are:
- 4.1.1 IT Service segment with the activity of Solution Provider
- 4.1.2 to do any and all things that are in the opinion of the directors incidental or conducive to any or all of the Company's objects, or the exercise of any or all of its powers in accordance with the DCC Private Companies Regulations, the relevant Licensing Regulations or other legislation administered by the Authority.
- 4.2 The Company has all of the powers required to achieve its objects as set out in these Articles.
- 5. DURATION OF THE COMPANY**
- The duration of the Company shall be fifty (50) Gregorian years, commencing on the date of the registration of the Company in accordance with the DCC Private Companies Regulations. Such period may be extended or shortened by a Special Resolution.
- 6. SHARES AND SHARE CAPITAL**
- 6.1 The issued paid up capital of the Company is AED 1,000,000.00 (AED One Million) represented by 1,000 (One Thousand) Shares.
- 6.2 The capital of the Company shall be divided into shares with a nominal value of AED 1,000.00 (AED One Thousand)
- 6.3 The issued paid up capital is divided amongst the members in the following manner:
- 6.3.1 Wirecard Technologies GmbH, a company incorporated under the laws of Germany with commercial registration number HRB 200352 and whose registered office is at Einsteinring 35, 85609 Aschheim, District of Munich, Aschheim, Germany hereby subscribes for 1,000 (One Thousand) shares at a price of AED 1,000,000.00 (AED One Million), representing 100% of the issued share capital of the Company.
- 6.4 A certificate shall be issued to the members in respect of all Shares held by each member upon the contribution of capital for such Shares in accordance with the DCC Private Companies Regulations. No Share shall be issued except as fully paid up. No Share shall be issued in bearer form.
- 6.5 All Shares shall be of the same class.
- 6.6 Subject to any required approval by the Authority, the share capital of the Company may be altered by a Special Resolution in accordance with the relevant process set out in the DCC Private Companies Regulations.
- 6.7 The Company may purchase its own Shares (including any redeemable shares) in accordance with the DCC Private Companies Regulations.
- 6.8 The liability of the members of the Company is limited to the amount of Shares held by each of them.
- 7. TRANSFER OF SHARES**
- 7.1 Shares may be transferred only pursuant to a duly executed instrument of transfer in accordance with the DCC Private Companies Regulations.
- 7.2 Any transfer of Shares shall be effective only following the registration of the transfer of Shares with the Registrar.
- 8. TRANSFER OF SHARES BY MEMBER'S REPRESENTATIVE**
- 8.1 The legal representative, guardian or heirs, as the case may be, of a deceased, incompetent or bankrupt member (the "Member's Representative") shall be the only persons recognised by the Company as having any title to the member's Shares following the death, incapacity or bankruptcy of the member.

2 Any person becoming entitled by operation of law or otherwise to Shares in consequence of the death, incompetence or bankruptcy of a member may be registered as the member upon such evidence being produced as may reasonably be required by the Board. An application made by a Member's Representative to be registered as the member for all purposes, shall be deemed to be a transfer of the Shares of the deceased, incompetent or bankrupt member and the Board shall treat it as such. For the avoidance of doubt, a Member's Representative may be an existing member of the company.

9. CONVENING OF GENERAL MEETINGS

9.1 The directors may call general meetings and, on the requirement of members pursuant to the DCC Private Companies Regulations, shall call a general meeting within 21 calendar days from the date on which the directors become subject to the requirement.

9.2 A general meeting may be called by shorter notice if it is so agreed by one or more members having a right to attend and vote at the meeting, holding not less than 95% of the issued share capital represented by the Shares giving a right to attend and vote at the general meeting.

9.3 The notice shall specify the time, date and place of the meeting and the general nature of the business to be dealt with at the meeting.

10. QUORUM FOR GENERAL MEETINGS

10.1 No business other than the appointment of the chairman of the meeting is to be transacted at a general meeting if the members present at the meeting do not constitute a quorum. If the Company has only one member entitled to attend and vote at the meeting, one qualifying person present at the meeting and entitled to vote is a quorum.

10.2 At any general meeting, including an adjourned meeting, the quorum shall be one or more members, present in person or by proxy, holding at least 75% of the issued share capital of the Company.

10.3 If a quorum is not present within half an hour of the time at which the meeting was due to start, or if during a meeting a quorum ceases to be present, the chairman of the meeting must adjourn it. No matters shall be considered at an adjourned meeting other than matters that might have been considered at the meeting had the adjournment not taken place. It is not necessary to give notice of the adjourned meeting unless the meeting was adjourned for 14 calendar days or more, in which case at least seven calendar days' notice shall be given specifying the time and place of the adjourned meeting and the general nature of the matters to be considered.

10.4 Where the Company has more than one member entitled to attend and vote at a meeting, one qualifying person present at the meeting and entitled to vote as:

10.4.1 The duly authorised corporate representative of two or more corporations, each of which is a member entitled to attend and vote upon the business to be transacted at the meeting; or

10.4.2 a proxy duly appointed by two or more members entitled to attend and vote upon the business to be transacted at the meeting,

is a quorum.

11. PROCEEDINGS AT GENERAL MEETINGS

11.1 Directors may attend and speak at general meetings and at any separate meeting of the members, whether or not they are members.

11.2 Any member elected by other members present at any such meeting may be a chairman. In the case of an equality of votes on a show of hands or a poll, the chairman of the meeting shall be entitled to a casting vote.

11.3 A resolution put to the vote of a general meeting must be decided on a show of hands unless a poll is duly demanded in accordance with the DCC Private Companies Regulations.

11.4 Subject to any rights or restrictions attached to any Shares, whether or not such rights or restrictions are set out in the Articles, on a vote on a resolution:

11.4.1 on a show of hands at a meeting:

(a) every member present (but not being present by proxy) and entitled to vote on the resolution has one vote; and

(b) every proxy present who has been duly appointed by a member entitled to vote on the resolution has one vote, except where:

(i) that proxy has been duly appointed by more than one member entitled to vote on the resolution; and

(ii) the proxy has been instructed:

(A) by one or more of those members to vote for the resolution and by one or more of those members to vote against the resolution; or

(B) by one or more of those members to vote in the same way on the resolution (whether for or against) and one or more of those members has given the proxy discretion as to how to vote,

in which case, the proxy has one vote for and one vote against the resolution; and

11.4.2 on a poll taken at a meeting, every member present and entitled to vote on the resolution has one vote in respect of each Share held by the relevant member or members in accordance with the DCC Private Companies Regulations.

11.5 A member (or a proxy) may participate in a general meeting through the medium of conference telephone or similar form of communications equipment if all persons participating in the meeting are able to hear and speak to each other throughout the meeting. The general meeting is deemed to take place where the largest group of those participating is assembled or, if there is no such group, where the chairman of the meeting then is.

11.6 An Ordinary Resolution or a Special Resolution may be passed in writing in accordance with the DCC Private Companies Regulations.

11.7 An Ordinary Resolution or a Special Resolution in writing may consist of several instruments in the same form each duly signed by or on behalf of one or more of the members.

12. APPOINTMENT OF PROXY

12.1 A member may appoint another person as his proxy to exercise all or any of his rights to attend and to speak and to vote (both on a show of hands and on a poll) on a resolution or amendment of a resolution, or on other business arising, at a meeting or meetings of the Company.

13. MEMBERS' RESERVE POWER AND EFFECT OF ALTERING ARTICLES

13.1 The members may, by Special Resolution, direct the directors to take, or refrain from taking, specified action.

13.2 No such Special Resolution invalidates anything which the directors have done before the passing of the resolution.

13.3 No alteration of the Articles invalidates anything which the directors have done prior to the alteration.

14. DIRECTORS

14.1 The Company shall have a Board which shall manage the business of the Company and may exercise all the powers of the Company.

14.2 The number of directors is not subject to a maximum and the minimum is one.

14.3 The members may appoint an individual who is willing to act as a director, and is permitted by law to do so, by Ordinary Resolution and may remove a director from office by Ordinary Resolution.

14.4 The Board shall exercise all such powers and do all such acts and things on behalf of the Company as the Company is authorised to do.

14.5 A director holds office until the date of his earlier death, resignation or removal by the members in accordance with the DCC Private Companies Regulations.

15. DIRECTORS MAY DELEGATE

15.1 The directors may delegate any of their powers and authorities:

15.1.1 to any one of them, the General Manager or any other person;

15.1.2 by such means (including by power of attorney or otherwise);

15.1.3 to such an extent;

15.1.4 in relation to such matters or territories; and

15.1.5 on such terms and conditions,

as they think fit.

15.2 If the directors so specify, any such delegation may authorise further delegation of the directors' powers by any person to whom they are delegated.

15.3 Where a power, authority or discretion by the directors and that power, authority or discretion has been delegated by the directors to a committee or a member of a committee, the provision shall be construed as permitting the exercise of the power, authority or discretion by the committee or a member of a committee.

15.4 The directors may revoke any delegation in whole or part, or alter its terms and conditions.



- .6. COMMITTEES**
- 16.1 Committees to which the directors delegate any of their powers must follow procedures which are based (as far as they are applicable) on those provisions of the Articles which govern the taking of decisions by the directors.
- 17. ALTERNATE DIRECTORS**
- 17.1 Any director (other than an alternate director) may appoint an alternate who need not be a director, without the approval of the directors, to be an alternate director and may remove from office of an alternate director so appointed by him.
- 17.2 An alternate director shall be entitled to receive notice of all meetings of directors and of all meetings of committees of directors of which his appointor is a member. An alternate director may waive the requirement that notice be given to him of a meeting of directors or a committee of directors, either prospectively or retrospectively.
- 17.3 An alternate director shall not be entitled to vote at any such meetings on behalf of the director who appointed him if the director who appointed him is present at that meeting.
- 17.4 An alternate director shall cease to be an alternate director if his appointor ceases to be a director.
- 17.5 Any appointment or removal of an alternate director shall be by notice in writing to the company signed by the director making or revoking the appointment or in any other manner approved by the directors.
- 18. DIRECTORS' MEETINGS**
- 18.1 The directors may regulate their proceedings as they think fit. Any director may, and the secretary at the request of a director shall, call a meeting of the directors. A director may waive the requirement that notice be given to him of a meeting of directors or a committee of directors, either prospectively or retrospectively.
- 18.2 The quorum for the transaction of the business of the Board may be fixed by the directors and unless so fixed at any other number shall be a majority of the directors. A person who holds office only as an alternate director shall, if his appointor is not present, be counted in the quorum.
- 18.3 Questions arising at a meeting of the Board shall be decided by a majority of votes, each director being entitled to one vote. A director who is also an alternate director shall be entitled in the absence of his appointor to a separate vote on behalf of his appointor in addition to his own vote.
- 18.4 The directors may appoint one of their number to be the chairman of the Board and may vest in him a second or casting vote and may at any time remove him from that office. Unless he is unwilling to do so, the director so appointed shall preside at every meeting of directors at which he is present. But if there is no director holding that office, or if the director holding it is unwilling to preside or is not present within 10 minutes after the time appointed for the meeting, the directors present may appoint one of their number to be chairman of the meeting.
- 18.5 A director or his alternate director may participate in a meeting of the Board or a committee of the Board through the medium of conference telephone or similar form of communications equipment if all persons participating in the meeting are able to hear and speak to each other throughout the meeting. A person participating in this way is deemed to be present in person at the meeting and is counted in a quorum and entitled to vote. Subject to the DCC Private Companies Regulations, all business transacted in this way by the Board or a committee thereof is for the purposes of the Articles deemed to be validly and effectively transacted at a meeting of the Board or of a committee thereof although fewer than two directors or alternate directors are physically present at the same place. The meeting is deemed to take place where the largest group of those participating is assembled or, if there is no such group, where the chairman of the meeting then is.
- 18.6 A resolution in writing signed by all the directors entitled to receive notice of a meeting of the Board, or of a committee thereof, shall be as valid and effectual as if it has been passed at a meeting of the Board, or a committee thereof, duly convened and held. The resolution may consist of several documents in the like form each signed by one or more directors. A resolution signed by an alternate director need not also be signed by his appointor and, if it is signed by a director who has appointed an alternate director, it need not be signed by the alternate director in that capacity.
- 18.7 If the Board is unable to pass a resolution, in relation to a proposed matter, in accordance with the voting mechanism set out in Article 18.3, then a deadlock shall be deemed to have occurred (the "Deadlock"). Whenever a Deadlock is deemed to have occurred, the chairman of the Board shall refer the matter to the members and the relevant matter shall be determined at the general meeting.
- 19. SECRETARY**
- 19.1 The Company shall have at least one secretary. The offices of director and secretary may be held jointly by a single person.



- 19.2 The secretary shall be appointed by the directors for such term at such remuneration and upon such conditions as they may think fit, and any company secretary so appointed may be removed by the directors.
- 19.3 The secretary shall be liable for maintaining the register of members and register of directors and officers for the accuracy of their contents.
- 20 RECORDS OF PROCEEDINGS**
- 20.1 The directors shall cause minutes to be made in books kept for the purpose of all:
- 20.1.1 appointments of officers made by the directors;
- 20.1.2 proceedings of the directors, and of committees of directors, including the names of the directors present at each such meeting; and
- 20.1.3 directors' written resolutions.
- 20.2 The directors or the secretary shall keep records comprising copies of all proceedings of general meetings.
- 20.3 Any such minutes shall be signed by the person presiding over the proceedings of the meeting.
- 20.4 Minutes prepared in accordance with this Article 20 shall be kept by the secretary or any other officer of the company, for at least 8 years from the date of the decision, at the registered office of the company and shall be evidence of the proceedings, until the contrary is proved, the proceedings are deemed to have duly held.
- 21. DIRECTORS INDEMNITY**
- The Company shall indemnify every director or other officer of the Company in respect of any liability incurred in defending any proceedings to the extent allowed by the law (other than as a result of the fraudulent or unlawful act or omission or any wilful misconduct on the part of such person).
- 22. GENERAL MANAGER**
- 22.1 The General Manager shall be appointed (and removed) by the directors for such term, at such remuneration, and upon such conditions, as the directors may think fit.
- 22.2 The powers of the General Manager and any limitations on such powers (including the right to delegate any of his powers) shall be determined by the Board pursuant to a power of attorney or otherwise.
- 22.3 The first General Manager of the Company will be nominated as such in the official completed application form for incorporation of the Company and shall hold such appointment until such time as the directors shall otherwise determine.
- 22.4 The General Manager holds office until his earlier death, resignation or removal by the Board in accordance with the DCC Private Companies Regulations.
- 23. FINANCIAL YEAR**
- 23.1 The financial year of the Company shall commence on 1st of January and shall end on 31st of December in each year, with the exception of the first financial year, which shall commence on the date of the registration of the Company in the register of companies maintained by the Registrar and end on 31st of December of the following year.
- 23.2 The Board may, by notice to the Authority in the form prescribed by the Authority, specify a new financial year provided that in no circumstance may the financial year of the Company be shorter than six months or exceed 18 months.
- 24. COMPANY FINANCIAL STATEMENTS**
- The Board shall cause financial statements to be prepared and approved in relation to each financial year of the company in accordance with DCC Private Companies Regulations.
- 25. DISTRIBUTIONS**
- Subject to the DCC Private Companies Regulations, the Company may from time to time make a distribution, whether in cash or otherwise, in accordance with DCC Private Companies Regulations.
- 26. NOTICES**
- Save where these Articles or the DCC Private Companies Regulations expressly require otherwise, any notice, document or information to be sent or supplied by the Company may be sent or supplied in hard copy form or in electronic form.
- 27. AMENDMENT OF THESE ARTICLES**
- 27.1 The members may amend these Articles from time to time pursuant to a Special Resolution.



- 27.2 Any amendment shall only take effect only when the same has been accepted for registration by the Registrar in accordance with the DCC Private Companies Regulations.
- 28. GOVERNING LAW AND COURT JURISDICTION**
- 28.1 These Articles are governed by and shall be construed in accordance with the laws of the United Arab Emirates.
- 28.2 The DIFC Courts have exclusive jurisdiction to settle any dispute arising from or connected with these Articles (including a dispute regarding the existence, validity or termination of these Articles or relating to any non-contractual or other obligation arising out of or in connection with these Articles) or the consequences of its nullity (a "Dispute").
- 28.3 The undersigned, being the members of the Company, irrevocably submit to the jurisdiction of the DIFC Courts and waive any objection they may have to any Dispute being heard in the DIFC Courts on the grounds that it is an inconvenient forum (forum non conveniens).
- 29. GENERAL**
- 29.1 Subject to these Articles, the provisions of the DCC Private Companies Regulations that are not expressly set out in these Articles shall apply. To the extent that there is an express inconsistency between the provisions of the DCC Private Companies Regulations and these Articles the provisions of these Articles shall prevail provided that such provisions comply with any minimum requirements set out in the DCC Private Companies Regulations.
- 29.2 These Articles constitute the entire agreement, and supersedes any previous agreements, memorandum of association or articles of association entered into between the members relating to the Company. Nothing in this Article 29.2 shall have the effect of limiting any liability arising from fraud, wilful misconduct or wilful concealment.

Signed for and on behalf of
Wirecard Technologies GmbH

By: Ehab Moresos

Title: legal Rep.

Date: 30 March 2017

Before me	<u>Asma Sarang</u>	of the
Dubai Creative Clusters Authority, appeared		
Mr. /Ms. <u>Ehab Moresos OBO Wirecard</u>		
<u>Technologies GmbH</u>		
Who signed this document,		
this day <u>30</u> of <u>03</u> <u>2017</u>		



For Registrar

02 APR 2017